

Abschlussbericht des Beirates zum „Geschichtsort Stadthaus“

Prolog – Zur Vorgeschichte

Das in der Hamburger Innenstadt gelegene Stadthaus, ein Komplex aus mehreren im 19. und frühen 20. Jahrhundert errichteten Verwaltungsgebäuden, war bis Juli 1943 Sitz des Polizeipräsidiiums und zentraler Befehlsstellen der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei und der Gestapo. Von hier aus wurden die Verfolgungsmaßnahmen in Hamburg und größeren Teilen Nordwestdeutschlands organisiert. Verhöre erfolgten oft unter Einsatz von Folter, auch wurden Festgenommene ermordet oder in den Tod getrieben. Vom Stadthaus aus erfolgte auch die Organisation der Deportationen von Jüdinnen und Juden, von Menschen jüdischer Herkunft und von Sinti und Roma sowie die Vorbereitung des Kriegseinsatzes norddeutscher Polizisten in Polen und in der Sowjetunion, wo die Polizeibataillone an zahlreichen Massenmordaktionen beteiligt waren. In den Niederlanden und Ungarn wirkten Polizeieinheiten aus Hamburg an Deportationen mit. Auch die Überwachung hunderttausender zur Zwangsarbeit nach Hamburg Verschleppter erfolgte von hier aus. Das Stadthaus war, so der Titel der 2020 eröffneten Ausstellung, eine „Zentrale des Terrors“.

Bei den alliierten Luftangriffen im Sommer 1943 wurden Teile des Stadthauses so stark beschädigt, dass die polizeilichen Dienststellen in andere Gebäude verlegt werden mussten. Seit 1949 diente der zu Teilen wiederhergestellte Gebäudekomplex als Sitz der Hamburger Baubehörde und zuletzt (bis 2013) der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.

Als Zentrale nationalsozialistischen Terrors rückte das Stadthaus erst Ende der 1970er Jahre in das öffentliche Bewusstsein. Alternative Stadtrundfahrten des Landesjugendrings, durchgeführt in Zusammenarbeit mit der VVN-BdA, thematisierten am Stadthaus die Verbrechen der Gestapo. Ehemals Verfolgte führten Mahnwachen durch. In der Gewerkschaft ÖTV organisierte Beschäftigte der Baubehörde, die seit 1977 eine Thematisierung der Geschichte des Stadthauses forderten, erreichten 1981 die Anbringung einer Gedenktafel. Dennoch blieb eine öffentliche Diskussion über den Umgang mit diesem einstigen Hauptort nationalsozialistischer Verfolgung aus.

2009 erfolgte der Verkauf an die Quantum Immobilien AG, die in dem nun mit dem Namen „Stadthöfe“ versehenen Quartier nach einer umfassenden Restaurierung hochwertige Wohn- und Büroflächen und mit Gastronomie belebte Innenhöfe versprach, aber auch die Einrichtung und den dauerhaften Betrieb einer Gedenk- und Informationsstätte.

Im Laufe des Jahres 2017, als die konkreten Pläne der Investorin für den „Geschichtsort Stadthaus“ bekannt wurden, erhob sich öffentlicher Protest. Für die als Zusammenschluss mehrerer Verbände gegründete „Initiative Gedenkort Stadthaus“ war das Konzept einer nur 50qm großen Ausstellung als Teil einer Buchhandlung mit Café inakzeptabel. Anfang 2018 lud die Behörde für Kultur und Medien daraufhin zu einem „Runden Tisch“. Im Rahmen der Beratungen wurde die Einrichtung eines Beirates verabredet.

Bericht über die Arbeit des Beirats von 2018 bis 2021

Zusammensetzung, Auftrag und Ausgangsbedingungen

Der vom Präses der Behörde für Kultur und Medien einberufene Beirat zum Geschichtsort Stadthaus konstituierte sich am 28. März 2018. Seitdem traf er sich insgesamt 21 Mal und gibt hiermit seinen Abschlussbericht an die Behörde für Kultur und Medien.

Dem Beirat gehörten zehn Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Verbänden und Initiativen an:

Prof. Dr. Hans-Jörg Czech (Vorstand der Stiftung Historische Museen Hamburg),
Herbert Diercks (Historiker, bis September 2019 KZ-Gedenkstätte Neuengamme),
Prof. Dr. Kirsten Heinsohn (stellvertretende Direktorin der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg),

Katja Karger (Vorsitzende des DGB, Landesverband Hamburg),

Cornelia Kerth (Bundesvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten/VVN-BdA),

Wolfgang Kopitzsch (Bundes- und Landesvorsitzender des Arbeitskreises ehemals verfolgter und inhaftierter Sozialdemokraten (AvS),

Maria Koser (Vorstand der Stolperstein-Initiative Hamburg),

Uwe Leps (Förderkreis Gedenkstätte und Lernort Stadthaus),

Dr. Stephan Linck (Studienleiter für Erinnerungskultur in der Ev. Akademie der Nordkirche),

Prof. Dr. Miriam Rürup (Direktorin des Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien, Universität Potsdam / bis Dezember 2020 Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg).

Die Moderation übernahm Staatsrat a.D. *Hans-Peter Strenge* (zugleich Vorsitzender der Regionalgruppe Hamburg von Gegen Vergessen – Für Demokratie).

Für die Behörde für Kultur und Medien nahmen Dr. Annette Busse und Prof. Dr. Detlef Garbe beratend an den Sitzungen teil.

Aus der diesem Bericht beigefügten Chronologie in fünf Themenkomplexen wird die Bandbreite der in den Jahren 2018 bis 2021 behandelten Themen deutlich. Vieles wurde bewegt und beigetragen zum Geschichtsort Stadthaus. Andererseits waren viele Anläufe des Beirats zur Veränderung der Raumsituation des Gedenkortes und zur Weiterentwicklung zu einem Lernort vergeblich.

Auf der konstituierenden Sitzung erläuterte die Behörde für Kultur und Medien die Festlegungen im 2009 von der Finanzbehörde geschlossenen Kaufvertrag mit der Stadthöfe GmbH & Co. KG und die im Rahmen der Baugenehmigungen festgeschriebenen Flächenzuweisungen. Die zentrale Aufgabe des Beirats bestehe darin, Vorschläge auf der Grundlage der räumlichen und konzeptionellen Gegebenheiten zu machen. Aufgabe des Beirates sei es, die Behörde sowie insbesondere die KZ-Gedenkstätte Neuengamme zu beraten, „wie mit der weiteren Gestaltung des Geschichtsortes Stadthaus (Arbeitstitel) umzugehen ist“ (Brief von Senator Dr. Carsten Brosda vom 23. April 2018).

Zu dieser Festlegung heißt es in einem Zwischenbericht des Beirats an den Senator vom Juli 2019, dass in mehreren Besichtigungen in den Stadthöfen und bei Gesprächen mit der Buchhändlerin sowie Vertreter:innen der Eigentümer und der beauftragten Ausstellungsagentur deutlich geworden sei, „dass die fachlich wie erinnerungspolitisch gewünschte Gestaltung des Ortes nur mit erheblichen Defiziten realisiert werden kann. Dies liegt vorrangig an der nicht ausreichend vorhandenen Fläche und an der Verbindung von Buchladen, Café und Geschichtsort. Aus fachlicher Sicht wäre es dringend geboten, diese Grundlagen zu überprüfen und zu ändern. Vertreterinnen und Vertreter des Beirates haben sich entsprechend auch in der Anhörung des Kulturausschusses am 4. Dezember 2018 geäußert. Wir betonen unsere grundsätzlichen Bedenken hier noch einmal so ausdrücklich, weil der Beirat nach allen Seiten hin Lösungen gesucht hat, um Vorschläge für einen Hamburg angemessenen Geschichtsort vorlegen zu können“.

Dabei ist im Beirat immer wieder kritisiert worden, dass bei der vertraglich zugesicherten 750 qm Fläche (BGF) für den Geschichtsort seitens der Quantum Immobilien AG nicht nur die Buchhandlung, sondern auch Nebenflächen einschließlich WC-Bereiche, Treppenhaus, Zuwegung zum Fahrstuhl für die Büroflächen im Obergeschoss sowie der Haustechnik für das gesamte Gebäude dienende Funktionsräume mitgezählt wurden. Der Vertreter der Finanzbehörde erklärte im Kulturausschuss der Bürgerschaft, dass im Rahmen des Genesungsverfahrens die Flächenberechnungen abgestimmt und behördlicherseits akzeptiert worden seien.

Anforderungen an den Geschichtsort

In dem Zwischenbericht forderte der Beirat drei Formate eines angemessenen Geschichtsortes: einen Ort der Information, einen Ort des Gedenkens und einen Ort des Lernens. Der Beirat befand, dass die Räumlichkeiten mit diesen drei Anforderungen überfordert seien. Deshalb einigte man sich auf den Vorschlag, den Aspekt des Gedenkens in Form einer künstlerischen Intervention in den öffentlichen Raum vor den Geschichtsort zu verlagern. Zu diesem Zweck schlug der Beirat die Auslobung eines künstlerischen Wettbewerbs vor. Außerdem griff der Beirat die Forderung der Initiative Gedenkort Stadthaus auf, dass eine inhaltliche Begleitung der Ausstellung über eine bei der KZ-Gedenkstätte Neuengamme angesiedelten Stelle erfolgen müsse. Neben der Auslobung eines Wettbewerbs zur Gestaltung eines Kunstwerks vor dem Geschichtsort Stadthaus ermöglichte die Bürgerschaft in ihren Beratungen im Dezember 2018 eine befristete Stelle für eine wissenschaftliche Begleitung sowie für Veranstaltungs- und pädagogische Angebote.

In seiner Antwort auf den Zwischenbericht vom September 2019 vertrat der Senator die Meinung, dass der Geschichtsort an der Stadthausbrücke als „Ort der Erstinformation“ zu betrachten sei. Vertiefende Informationen solle das zukünftige Dokumentationszentrum denk.mal Hannoverscher Bahnhof bereitstellen und eine Gesamtschau des Widerstandes in einer entsprechend erweiterten Gedenkstätte Fuhlsbüttel im Haus 3, dem ehem. Frauen-KZ, realisiert werden. Beides wurde im Beirat mehrheitlich nicht als angemessener Ersatz für das am Ort Notwendige betrachtet.

Obwohl den meisten Beiratsmitgliedern klar war, dass die geforderten drei Formate in den vorhandenen Räumlichkeiten nicht zu realisieren waren und dass der Investor damit seine Kaufvertragspflichten nicht erfüllt, beteiligten sie sich konstruktiv an der Ausgestaltung der Ausstellung und machten eine Reihe von inhaltlichen wie die Gestaltung betreffenden Vorschlägen, die in der Regel auch berücksichtigt wurden. Dies betrifft insbesondere die Gestaltung der Ergänzungsausstellung zur Bau- und Nutzungsgeschichte auf der Brückenarkade mit großformatigen, hinterleuchteten Ausstellungsträgern.

Gedenkort – Künstlerische Intervention

Der künstlerische Wettbewerb fand in allen Phasen unter Beteiligung von Beiratsmitgliedern statt (Auslobungstext, Vorauswahl, Preisgericht). Im Juni 2019 konnte der Entwurf der Künstlerinnen Ute Vorkoeper und Andrea Knobloch der Öffentlichkeit präsentiert werden. Der Beirat begrüßte dieses Ergebnis, musste sich in der Folgezeit allerdings mit technischen Einwänden des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer auseinandersetzen, der die Funktionsfähigkeit der Brücke über das Bleichenfleet in Gefahr sah. Im Frühjahr 2020 sollte mit der Realisierung begonnen werden, die technischen Einwände und die Corona-Pandemie verzögerten diese Planung. Im März 2021 legten die Künstlerinnen ein räumlich verändertes Konzept vor, das mehrheitlich Zustimmung fand (vgl. Nr. 5 der Chronologie). In Aussicht gestellt wurde die Realisierung einer Testfläche für April 2021 und die Fertigstellung im Sommer 2021.

Der Beirat schlug des Weiteren die Platzierung von Informationen an allen Eingängen zu den „Stadthöfen“ und eine Verbesserung des Wegeleitsystems vor.

Lernort – Desiderate und Alternativen

Ein großes Problem sieht der Beirat nach wie vor im Fehlen eines geeigneten und umfassend ausgestatteten Lernortes in den Stadthöfen, in dem Schülerinnen und Schüler und weitere Interessierte eigenständig zu mit dem Stadthaus verbundenen Themen weiterarbeiten und/oder die in der Ausstellung vorhandenen Informationen vertiefen können. Ebenso fehlen Räume, in denen auch größere Gruppen betreut und Veranstaltungen durchgeführt werden können. Vorschläge von Quantum, von Fall zu Fall Räumlichkeiten auch außerhalb der Stadthöfe zur Verfügung zu stellen, wurden als unzureichend betrachtet. Auch die im Januar 2020 eröffnete neue Dauerausstellung, mit der die KZ-Gedenkstätte Neuengamme ein gutes inhaltliches Angebot erarbeitete, ist aufgrund der weiterhin deutlich zu kleinen Fläche kein Ersatz für den vertraglich zugesicherten Lernort. Bei Veranstaltungen in der Buchhandlung, auch für Literatur-Lesungen, die die Buchhändlerin organisiert, muss die Ausstellung beiseite geräumt werden. Ferner wurde das Fehlen einer Gesamtschau des antifaschistischen Widerstandes von fast allen Beiratsmitgliedern immer wieder hervorgehoben und die Auslagerung nach Fuhlsbüttel als unangemessen abgelehnt. Was Hamburg fehle, sei ein öffentlich wahrnehmbarer Dokumentations-, Gedenk- und Lernort zu den Verbrechen des Nationalsozialismus, zu den Opfern und zum Widerstand in zentraler Lage in Hamburg.

Zur Lösung dieser Probleme wurden im Beirat mehrere Vorschläge diskutiert, sie fanden aber alle keine politische Unterstützung. Als ideale Lösung wurde vom Beirat der ca. 750 qm große Raum unmittelbar neben dem Geschichtsort betrachtet, die frühere Meldehalle und spätere Wagenhalle des Bausenators und dessen Behördenleitung. Dieser Raum stand lange leer. Doch auch hier lehnten die Verantwortlichen in der Kulturbehörde es im Hinblick auf die erwartbaren hohen Mietforderungen ab, mit den Eigentümern in Verhandlungen einzutreten und den Vorschlag des Beirates aktiv zu unterstützen. Im Oktober 2020 gab der Projektentwickler Quantum dann bekannt, dass die ehemalige Meldehalle/Wagenhalle an den Hamburger Design-Möbelhändler CLIC vermietet sei.

Weiter schlug der Beirat vor, dass Quantum geeignete Räumlichkeiten im Neubau des ehemaligen Görtz'schen Palais zur Verfügung stellen sollte. Verhandlungen hierüber erschienen der Behörde ebenfalls zwecklos, da das vom Investor später aus privater Hand erworbene Gebäude nicht Teil des Ensembles war, für das die

Stadt im Kaufvertrag von 2009 die Verpflichtung zur Errichtung einer Gedenkstätte festgelegt hatte. Als nächstes brachte der Beirat den unter dem Bürgermeister-Petersen-Platz gelegenen ehemaligen Polizeiführungsbunker in die Diskussion und organisierte eine gemeinsame Begehung. Wenn auch die Räumlichkeiten nicht als ideal für einen Lernort beurteilt wurden, so bestand doch das Interesse, seine Möglichkeiten näher auszuloten. Feuerpolizeiliche und technische Bedenken und der hohe bauliche Aufwand sprachen für die Behörde gegen eine Weiterverfolgung dieses Vorhabens. Unabhängig davon besteht aber auf Seiten des Beirats nach wie vor der dringende Wunsch, diesen historischen Ort unter Denkmalschutz zu stellen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Doch diese Forderung findet bislang kaum politische Unterstützung.

Aus dem Beirat kam dann der Vorschlag, über dem Bunker auf dem Bürgermeister-Petersen-Platz einen Neubau mit Zugang zum Bunker als Lernort und als Dokumentationszentrum zum Widerstand zu errichten. Bei seinem Besuch im Beirat im September 2020 erklärte der Senator dazu, dass man dies machen könne, ein solch aufwändiges Vorhaben dann aber wohl zu Lasten des Projekts Lagerhaus G am Dessauer Ufer und auch zu Lasten der angestrebten Erweiterung der Gedenkstätte Fuhlsbüttel gehen würde.

Resümee

Das Fazit aus dem Zwischenbericht des Beirates vom Juli 2019 ist nach wie vor gültig:

„Wir meinen, dass mit den Empfehlungen und Ideen aus dem Beirat vernünftige Lösungen für die Gestaltung des Geschichtsortes entstanden sind – allerdings ändern diese nichts an dem nach wie vor problematischen Zustand, dass an dem zentralen Ort der NS-Verfolgungsbehörden in Hamburg die Erinnerung an die geschäftlichen Interessen der Eigentümer gebunden ist. Einen würdigen Informations-, Gedenk- und Lernort zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus im Stadtzentrum zu schaffen, bleibt daher nach wie vor ein Desiderat in der Erinnerungskultur der Stadt Hamburg.“

Da der Beirat trotz der erreichten Verbesserungen auf diesem Weg keine Möglichkeiten mehr sieht, weiter voranzukommen, sieht er seinen Auftrag für beendet an.

Für die Fortentwicklung der Erinnerungskultur und der Gedenkstättenarbeit in Hamburg regt der Beirat zukünftig die Berücksichtigung folgender Eckpunkte an:

1. *Eine frühzeitige Beteiligung der Opferverbände:* Dies betrifft im Besonderen die Entwicklung des Konzepts für die Erweiterung der Gedenkstätte Fuhlsbüttel und die stärkere Berücksichtigung der Geschichte des Widerstands gegen das NS-Regime, aber auch weitere Gedenkstättenprojekte.

2. *Eine stärkere Berücksichtigung historischer Belastungen:* Bei beabsichtigten Verkäufen städtischer Liegenschaften und baulichen Umgestaltungen von exponierten Gebäudeensembles aus der NS-Zeit sollte generell eine Prüfung auf durch die Nutzungsgeschichte gegebene historische Belastungen und ggf. dadurch bedingte denkmalpflegerische wie nutzungsrelevante Gesichtspunkte erfolgen.

3. *Ergänzungen zum Geschichtsort Stadthaus*: Um die Defizite des Ortes auszugleichen, sollten mobile/temporäre Ausstellungen im Umfeld des Stadthauses realisiert werden, beispielsweise durch Ausstellungscontainer oder Open Air-Ausstellungen auf dem Bürgermeister-Petersen-Platz, um auf diese Weise auch unmittelbar in der Innenstadt ein Informationsangebot zur nationalsozialistischen Vergangenheit Hamburgs zu gewährleisten. Eine vielversprechende Möglichkeit könnte hier ein „Lernbus“ in Gestalt der bei Stadtrundfahrten eingesetzten Doppeldeckerbusse bieten, der jeweils für einen bestimmten Zeitraum vor historischen Gebäuden – so auch vor dem Rathaus – medial aufbereitete Informationen öffentlich zugänglich machen könnte.

Hamburg, den 21.10.2021

Anlage: Chronologie der Arbeit 2018 bis 2021